



Nr. 476. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 11. October 1876.

Deutschland.

Berlin, 10. Octbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Oberförster Willig zu Neuhause im Kreise Einbeck den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Hauptlehrer Bestia zu Ratibor den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, sowie dem Fischergesellen Wilhelm Fliegel zu Breslau die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Polizei-Assessor Unruh zu Berlin zum Polizeirath ernannt.

Der Lehrer an der Realschule in Mittweida Dr. phil. Franz Joseph Werschow ist zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der Gewerbeschule zu Brieg angestellt worden.

Berlin, 10. Oct. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing in Baden den Besuch Ihrer königlichen Hoheiten des Erbgroßherzogs und der Erbgroßherzogin von Sachsen. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 10. Octbr. [Das Unterrichtsgesetz.] Der Militär-Etat. Die „Nat.-Ztg.“ brachte kürzlich die Mittheilung, daß die Berathungen über das Unterrichtsgesetz so weit fortgeschritten seien, daß das Gesetz wahrscheinlich schon zu Anfang des nächsten Jahres dem Landtage vorgelegt werden kann. Aus guter Quelle erfährt man, daß diese Mittheilung unbegründet ist. Es kann höchstens erwartet werden, daß der Entwurf zu Anfang des neuen Jahres in das Stadium weiterer Berathung innerhalb des Staatsministeriums gelangen wird und im günstigsten Falle könnte die Einbringung beim Landtage während des zweiten Theiles der Session erfolgen. — Der Militär-Etat auf das erste Vierteljahr 1877 ist nunmehr dem Bundesrat vorgelegt worden. Die fortlaufenden Ausgaben belaufen sich für das preußische Contingent und die unter Preußens Verwaltung stehenden Contingente auf 60,040,666 Mark, 662,817 Mark weniger als im Vorjahr, für Sachsen auf 4,534,751 Mark, 90,875 Mark weniger und für Württemberg auf 3,289,070 Mark, 71,700 Mark weniger als im Vorjahr. Die einmaligen Ausgaben betragen für Preußen u. s. w. 28,692 Mark, für Sachsen 253,264 Mark und für Württemberg 2193 Mark.

= Berlin, 10. Octbr. [Aus dem Ministerium. — Die Fabrikinspectoren. — Die Communalsteuerung. — Wissenschaftliche Institute. — Die Universität Kiel.] Der Handelsminister Dr. Achenbach und der Ministraldirector Jacobi aus dem Handelsministerium, welche sich nach München begeben haben, um von der dortigen Ausstellung eingehend Kenntnis zu nehmen, werden Ende dieser Woche hier zurückverwaltet. Der Handelsminister geht damit um, eine Reise nach England zu unternehmen, um dort die Fabrikations- und Arbeiterverhältnisse genauer kennen zu lernen, doch steht es dahin, ob die Arbeiten des Ministers und die Sitzungen des Staatsministeriums, welche sich auf die nächste Landtags-Session beziehen und im nächsten Monat in rascher Aufeinanderfolge stattfinden sollen, die Ausführung dieser Absicht ermöglichen. — Die Conferenzen der Fabrikinspectoren, welche im Handelsministerium am 13. d. M. beginnen sollten, sind um eine Woche verschoben worden. Bekanntlich haben dieselben den Zweck, zu einem Meinungsaustausch über die gegenseitigen Erfahrungen der Fabrikinspectoren behufs weiterer Einsicht in die Arbeiterverhältnisse und eventuelle Erweiterung des Instituts der Fabrikinspectoren zu führen. Die Conferenzen werden unter dem Vorsteher des Geh. Reg.-Rathes Lohmann, vortragenden Rathes im Handelsministerium stattfinden. — Die von dem Finanzminister ein geforderten Gutachten über den Gesetzentwurf, betreffend die Communalsteuerung, sind bis jetzt nur sehr spärlich eingelaufen. Der Berliner Magistrat hat gestern den Entwurf durchberaten und wird unmittelbar sein Gutachten erstatthen. Dasselbe wird bezüglich der Hauptgrundlage des Entwurfs ablehnend aussfallen, namentlich erklärt sich der Magistrat gegen die Beamtenexemtionen und wünscht auch das Besteuerungsrecht für jene Fälle zu behalten, in welchen es sich um die Deckung der Kosten für wirtschaftliche Einrichtungen handelt. Man will hier wissen, daß die Gutachten anderer großer Städte der Monarchie in ähnlichem Sinne ausfallen möchten. — Der Etat des Cul tusministeriums wird ziemlich umfangreiche Ansätze für Bauten zu höheren wissenschaftlichen Zwecken enthalten. Projectirt ist u. A. die Aufführung eines sehr umfassenden Grundstückes zur Errichtung eines klinischen Institutes für die Berliner Universität. In diesem Gebäude, für welches ein Terrain neben der jetzigen Klinik in der Ziegelstraße bereits erworben ist, sollen eingerichtet werden: eine Klinik für allgemeine Chirurgie, eine Polyclinic für innere Krankheiten, besondere Kliniken für Augen-, Ohren- und Zahns-Krankheiten. Die Skizzen zu den Bauten sind bereits genehmigt und die Ausführung des Baues, welche von der Bewilligung der im Etat geforderten Summen abhängig ist, würde 3 Jahre in Anspruch nehmen. — Am 25. d. M. wird die Eröffnung des neuen Universitätsgebäudes zu Kiel stattfinden. Man hofft auf das Erscheinen des Kronprinzen bei der Eröffnung, da der Kronprinz der Gründungsmitglieder der Universität Kiel sehr nahesteht. Es sind jetzt übrigens die Arbeiten zu den wissenschaftlichen Instituten in Angriff genommen worden, welche sich an die Universität anschließen und ein chemisches und ein physikalisches Laboratorium umfassen sollen.

□ Berlin, 10. Oct. [Der Justizminister und die Reichsjustizcommission. — Zur Reichseisenbahn-Gesetzgebung. — Ein Communiqué an die Liberalen. — Broschüre des deutschen Kronprinzen. — Abg. Dr. Schläger. — Alexander II. und die Situation.] Wie wir schon an dieser Stelle mitteilten, sieht man unter den Mitgliedern der Reichsjustizcommission mit Besorgniß dem Urteil entgegen, welches die Justizminister der einzelnen Bundesstaaten und der Bundesrat selbst über die Beschlüsse der Justizcommission fällen werden. Die Befürchtungen, daß der preußische Justizminister Leonhardt eine passive Haltung zu den vorhandenen Streitpunkten einnimmt, haben sich nicht vermindert. Man hat dies im Schoße der Commission nicht erwartet, weil Dr. Leonhardt, wie auch die Sitzungsprotokolle beweisen, für das Zustandekommen der großen organischen Gesetze stets mit Wärme eingetreten ist. Der Entwurf der Civilprozeßordnung ist sein eigenes Werk, also nicht, wie anderswo urrichtig behauptet wurde, eine Schöpfung des Präsidenten des Reichsjustizamtes Herrn Amsberg. Es ist um so bedauerlicher, als der preußische Justizminister gewissen Hindernissen Rechnung trägt, die ihm nicht von seinen Collegen im Ministerausschuß, sowie im Bundesrat erwachsen, sondern die von einer Seite aufgeworfen werden, welche wohl von Einfluß, aber nicht unüberwindlich ist. Die Schwierigkeiten betreffs der Einführung der Reichsjustizgesetze

werden auch als einer der Gründe angegeben, welche den preußischen Justizminister zu seiner passiven Haltung veranlassen sollen. Die Unerschließbarkeit dieses Grundes liegt auf der Hand, und man sieht sich über die eigentliche Ursache des Widerstandes unter den Mitgliedern der Reichsjustizcommission keinen Illusionen hin. Uebrigens hören wir, daß die Commission, welche am 17. d. Mts. zusammentritt, die Arbeiten in etwa 8 Tagen zu beendigen gedenkt, vorzusehen, daß der Minister-Ausschuss gleichzeitig seine Aufgabe fertig stellt. Da nachdem die Entscheidung der Justizminister der deutschen Bundesstaaten und des Bundesrates ausfällt und insbesondere dann, wenn nicht unangemessbare Gegensätze sich herausstellen, werden die bekannten Commissionsberichte der drei Referenten einen Nachtragsbericht erhalten.

Wie uns mitgetheilt wird, beabsichtigt der Verein deutscher Privat-Eisenbahnen mit einem eigenen Entwurf eines Reichseisenbahngegeses an die Deöffentlichkeit zu treten, der den früheren Vorlagen des Reichseisenbahn-Amtes entgegengestellt werden könnte. Mit den Vorarbeiten ist man, wenn wir recht unterrichtet sind, schon seit länger als sechs Monaten beschäftigt; man würde dieselben noch eifriger betrieben haben, wenn man nicht überzeugt gewesen wäre, daß der Reichstag in seiner Herbstsession aus Mangel an Zeit der Materie vollständig fern bleiben würde und der Reichskanzler selbst darüber im Klaren sei. In letzter Zeit haben nun die Voten des volkswirtschaftlichen Congresses und anderer Körperschaften, welche die Heilung unserer Eisenbahnmisere von einem brauchbaren Reichseisenbahngegesetze erwarten und nur mit einem solchen dem Plan der preußischen Regierung auf allmäßige Übertragung sämtlicher Bahnen auf das Reich begegnen zu können glauben, den Privatbahn-Verwaltungen Anlaß gegeben, die Ausführung ihres Plans möglichst zu beschleunigen. Bei den Landtagswahlen freilich spielt die Frage wegen Erwerbs der Bahnen durch das Reich lange nicht die Rolle, wie man erwartet hatte. Es ließe sich wohl kaum ein Wahlkreis aufführen, wo man dem bisherigen Abgeordneten aus seiner bezüglichen Abstimmung einen ernstlichen Vorwurf gemacht hätte. Bei den Reichstagswahlen liegt die Sach anders, und die Privatbahnen würden eine für ihre fernere Existenz günstige Stimmung in der Wählerschaft erwecken, wenn sie durch einen der Deöffentlichkeit übergebenen Entwurf eines Eisenbahngegesetzes den Nachweis liefern, daß die vielseitig beflagten Schäden in unserem Verkehrs- und Transportwesen auch anders geheilt werden könnten, als durch Reichseisenbahnen.

Hervorragende Mitglieder der nationalliberalen Partei machen uns darauf aufmerksam, daß die liberale Presse die Obliegenheit habe, die Wähler nicht durch schriftstellerische Berichte aus den Provinzen in eine Vertrauenslosigkeit zu versetzen, die mit den realen Wirklichkeiten im Gegensatz steht. Es gelangen Nachrichten hierher, welche unzweifelhaft darin, daß die Gegner nicht nur geschickt und mit allem Aufwand entsprecher Agitationsmittel vorgehen, sondern daß sie auch von Einflüssen unterstützt werden, die um so mächtiger sind, als sie nicht offen hervortreten und deshalb auch nicht offen bekämpft werden können. Die liberalen Parteien haben deshalb die Verpflichtung, ihre ganzen Kräfte anzuspannen, und sich vor allen Dingen jeder Illusion über den guten Ausfall der Wahlen zu entzügeln. Unter den obwaltenden Umständen könnte letzteres der liberalen Sache sehr zum Nachteil gereichen. — Durch die Blätter macht eine Notiz die Runde, wonach der Kronprinz mit der Herausgabe von „Meine Reise nach dem Morgenlande 1869“ unter die Schriftsteller gegangen sei. Das Werkchen, ein autographiertes Heft in Groß-Duett, ist schon bald nach der Reise an die Begleiter des Prinzen verhüllt und gar nicht sonderlich geheim gehalten worden. Seltener ist das in ganz ähnlicher Ausstattung erschienene „Tagebuch während des Krieges von 1866.“

Der Abg. Dr. Schläger hat in seinem Wahlkreise Fallingbostel eine Rundreise unternommen, deren Resultat nach den Mittheilungen orientirter Parteimänner die Wiederwahl des verdienstvollen Abgeordneten sein wird. Namentlich stehen die kleinen Städte einmütig für Dr. Schläger ein. Als Gegencandidat wird ein welsischer Rittergutsbesitzer (v. Nieden-Oldendorf) aufgestellt, der von der orthodoxen und der katholischen Geistlichkeit und den Agrariern Unterstützung findet. Die Liberalen des Kreises zweifeln an der Gefährlichkeit dieses Gegners. — Nach dem „Pester Lloyd“ hat der russische Kaiser zu Gortschakoff gesagt: „Ich verbiete Ihnen, Krieg zu machen, um den Frieden zu bringen.“ Die persönlichen Wünsche Alexanders II. für die Erhaltung des Friedens sind ja bekannt. Daß er aber auch wirklich jene oder ähnliche Worte gesprochen hat, dafür dürfte eine Neuersetzung bürigen, die man im Frühjahr bei der Anwesenheit des Kaisers in Berlin im hiesigen russischen Botschaftshotel hören konnte. Ueber die Stimmung des Czaren von dem Botschaftspersonal befragt, antwortete ein hochgestellter Herr aus der unmittelbaren Umgebung Alexanders, derselbe habe unterwegs ausdrücklich verboten, das Wort „Krieg“ in seiner Gegenwart auszusprechen. Es war Niemand unter den Höfern, der daran zweifelte, daß der Kaiser sich derart ausgedrückt; ob aber alle angenehm davon berührt waren, ist eine andere Frage. Die Strömungen am russischen Hofe haben sich damals wie heute als gleich stark bewiesen, denn bald gewann die eine, bald die andere die Oberhand. Die Vorschläge, welche Russland in den letzten Wochen an die Mächte gelangen ließ und die sich häufig untereinander widersprachen, boten das lebendigste Bild der Kriegs- und Friedensströmung in der dortigen Regierungsregion. Dazu gehörte auch die von dem Petersburger Cabinet gefallene Alternative einer bewaffneten Intervention oder der Annahme eines Waffenstillstandes. Man wußte hier, daß sich Czar Alexander mit gewohnter Friedensliebe für den Waffenstillstand aussprach, weil derselbe die Möglichkeit bot, mit Österreich zusammenzugehen. Wenn der Czar dennoch den Rathschlägen betreffs der Occupation türkischen Gebiets Gehör schenkte, so geschah es nur, damit durch diese Forderung die Türkei von dem Ernst der Situation überzeugt werden sollte. In der hiesigen russischen Colonie, wo man darüber informiert ist, daß die friedlichen Dispositionen des Czars wieder maßgebend geworden sind, glaubt man mit Sicherheit annehmen zu können, daß General Ignatief mit gemäßigten Instructionen nach Konstantinopel gesendet wurde. Sedentlich schließt er sich der Aktion der europäischen Diplomatie für die Herbeiführung eines Waffenstillstandes an.

A. W. C. [Die Termine für die Wahlen zum deutschen Reichstag und preußischen Landtage] sind jetzt durch alle Instanzen endgültig festgesetzt. Graf Eulenburg ist gestern mit den vom Fürsten Bismarck unterzeichneten diesbezüglichen Documenten von

Varzin zurückgekehrt. Danach erfolgt der Schluß der 12. Legislatur-Periode des preußischen Landtages und die Auflösung des Abgeordnetenhauses am 14. October, die Wahlen der Wahlmänner am 20. und die der Abgeordneten am 27. October. Die letzte Session der zweiten Legislaturperiode des deutschen Reichstages wird Montag, den 30. October, Mittags, eröffnet und die Neuwahlen finden am 30. Januar, genau an demselben Tage wie vor 3 Jahren statt. In den verschiedenen Bezirks liegen schon neben den großen Gesetzen mehrere kleinere Entwürfe fertig vor, so daß es dem Reichstage von Beginn an nicht an Arbeit fehlen wird.

[Die Conservativen Berlins,] die sich seit Beginn der „neuen Ära“ von der politischen Bühne ganz zurückgezogen hatten, beabsichtigen, bei den bevorstehenden Wahlen wieder in Action zu treten, zu welchem Zwecke ein anonymes Comité zum Montag Abend eine Versammlung in der „Urania“ veranstaltet hatte, die so zahlreich besucht war, wie man kaum je vorher eine solche Versammlung gesehen. Beim Eintritt in den Saal erhielt jeder Theilnehmer das Programm der deutsch-conservativen Partei ausgebändigt, welches, wie es in der Einleitung heißt, auch von den Conservativen Berlins angenommen ist und als Grundlage der Debatte dienen sollte. Den Vorstand führte Buchhalter Schmidt. Die ersten Redner sprachen demgemäß denn auch über conservative Prinzipien im Allgemeinen; insbesondere forderte Redakteur Hoffers die Verfaßten auf, nur solche Bürger zu Wahlmännern zu wählen, die es im Kleinen, mit Gott und ihrer Familie treu halten, die würden sich auch im Großen dem König und dem Volke gegenüber treu erweisen. Herr Lehret Langheide suchte nachzuweisen, daß durch die neuere Gesetzgebung in den evangelischen Gemeinden der Liberalismus, in den katholischen der Ultramontanismus groß gezogen, die große Arbeitermasse der rothen Internationale zugeführt, der Handwerkerstand an den Bettelstab gebracht ist. Die Conservativen hätten die Pflicht, mit dem alten Spruch: Mit Gott für König und Vaterland! Den Liberalismus und dessen Sohn, den Socialismus, gezeigt vom bösen Vater, zu bekämpfen. — Stadtrath a. D. Dr. Erich warnte vor der Adoption des ausgegebenen Programms, welches viele wirklich Conservative nicht unterschreiben können. Einmal Praktisches könne man nur erreichen, wenn man hier conservative Abgeordnete vorschlage und so den übrigen conservativen Schätzungen einen festen Stützpunkt gewähre. Stadtrath Willmanns, einer der Verfasser des deutschen conservativen Programms, bezeichnete dasselbe als die einzige Grundlage zum Ausbau einer großen conservativen Partei, warnte aber gleichfalls vor der Erörterung principieller Streitpunkte in dieser Versammlung, deren Zweck hauptsächlich die praktische Vorbereitung der Wahlen sein müssen. Hierbei werde man das Augenmerk hauptsächlich auf den Handwerkerstand zu richten haben, da historisch seit der Begründung des norddeutschen Bundes die wirtschaftlichen und mit ihnen die fiktiven Zustände erheblich zurückgegangen seien. Es wäre schon als ein großer Gewinn zu erachten, wenn es auch nur gelänge, den Bann zu brechen, den die Fortschrittspartei bisher über Berlin gelegt hat. Auch Lt. a. D. Standesbeamter Gordon sprach gegen das Programm, welches die Freizeitvorschriften nicht unterschreiben könnten, während sie anderseits gern bereit seien, bei den Wahlen mit dem übrigen conservativen Schätzungen Hand in Hand zu gehen. Man müsse nur den Mut haben, offen herzutreten, und beantrage es deshalb, für jeden Wahlbezirk mehrere Vertrauensmänner zu ernennen, welche die Organisation zur Wahl conservativer Wahlmänner in den Urwahlbezirken leiten. Dieser Vorschlag fand allseitige Zustimmung und wurde sofort mit der Ernennung der Vertrauensmänner vorgegangen. Die Seiten des Vorstandes beantragte Zustimmung zu dem Programm der Deutsch-Conservativen lehnte die Verfaßung aber vorläufig ab und trennte sich dann mit einem Hoch auf den Kaiser. — Es hat sich übrigens in dieser Versammlung ein bedauerlicher Unfall ereignet. Als der Redakteur Hoffers, ein Herr in vorigerufen Jahren, nach seiner Rede die Bühne verlassen wollte, geriet die Treppe unter ihm in Wallen und er stürzte von derselben herab, so ungünstig, daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Nach ärztlicher Aussprache hat Herr Hoffers eine Verstauchung des Fußes davongetragen, die bei einem Alter von den bedenklichsten Folgen sein kann.

Stettin, 10. Oct. [Stadttag.] Der pommersche Stadtrat, welcher am Sonnabend und Sonntag hier tagte, nahm in seiner zweiten Sitzung in Bezug auf den Gemeindesteuer-Gesetzentwurf folgende Resolution einstimmig an:

1) Statt eines Gesetzes über die Aufbringung der Gemeindeabgaben ist ein das gesammte Communalsteuerwesen, also auch die Aufbringung der Abgaben für die Kreise und die innerhalb derselben bestehenden sonstigen communalen Verbände umfassendes Gesetz zu erlassen. 2) In diesem Gesetze ist der Autonomie der einzelnen communalen Körperschaften ein größerer Spielraum zu lassen, als dies im § 6 des von der Staatsregierung veröffentlichten Entwurfs eines Gesetzes über die Aufbringung der Gemeindeabgaben geschehen ist, indem insbesondere den Städten das Recht gewahrt bleibt, die Bedürfnisse des Gemeindehaushaltes in anderer Form als durch Zuflüsse zu den direkten Staatssteuern, namentlich durch selbstständig veranlagte Communal-Einkommen-, Haus-, beziehungsweise aufzubringen. 3) Vor Allem aber ist es geboten, daß das zu erlassende Communal-Steuergesetz die nach dem Gesetze vom 11. Juli 1822 und den analogen Gesetzen und Verordnungen bestehenden Steuerprivilegien der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, der Geistlichen, der Kirchendiener und Lehrer beiseite und daß auch darauf hingewirkt werde, daß die nach der Verordnung vom 22. December 1868 für die Angehörigen der Militärs und deren Hinterbliebenen bestehende Steuerfreiheit gänzlich aufgehoben werde. 4) Auf die Verhüllung des von der Staatsregierung veröffentlichten Gesetzentwurfs in ihren einzelnen Bestimmungen einzugehen, lehnt der Stadtrat ab.

Waldeck, 10. Oct. [Prinz Hermann zu Waldeck.] Von hier wird der „H. M. Z.“ das Hinscheiden des Prinzen Hermann zu Waldeck gemeldet. Prinz Hermann, geb. 12. October 1809, war der Vaters-Bruder des regierenden Fürsten Georg, verhältnis mit Agnes, geb. Gräfin v. Teleki-Szék, und hinterläßt keine Kinder. Er war königl. preußischer General-Lieutenant à la suite und residirte auf Schloß Landau bei Arolsen.

Frankfurt a. M., 10. Octbr. [Zu den Wahlen.] Der Abgeordnete Lasker hat in Frankfurt a. M. seine Wahlrede gehalten; er sprach am Donnerstag in einer Wähler-Versammlung im Saalbau. Nach Berichten Frankfurter Blätter waren etwa 1500 Personen gegenwärtig.

Was unsere Zeit in ihren großen Parteidifferenzen bewege, führte der Redner aus, sei die Aufführung der Grenze, wie weit die Staatsgewalt gehen müsse und wie weit die Einzelrechte. Der Gegenseitigkeit sei so alt wie die geschichtliche Staatsentwicklung überhaupt. Die unbegrenzte Staatsgewalt habe nicht stets die conservativen Partei verlangt, auch die französische Revolution z. B. habe dies Prinzip aufgestellt. Andererseits sei die Forderung möglichst vieler individueller Rechte auch von den reactionären Parteien ausgegangen. Bei der wirtschaftlichen Bewegung wenden sich die Conservativen an den Staat, der der allgemeine Verfolger sein soll, und auf der anderen Seite fordern die extremen Parteien, der Staat möge die gesammte wirtschaftliche Fürsorge in die Hand nehmen. In diesem Gewirr der Anschaulungen ist es schwer, eine feste Leitung zu finden. Es sind von der Regierung Vorschläge gemacht worden, welche die Einzelrechte sehr beschränken, und als die liberale Partei einmütig Widerstand leistete, erklärte die Regierung, sie werde ihr bei den nächsten Wahlen den Prozeß bei dem Volke machen, weil sie die Staats-Gewalt zu Grunde geben lasse wolle. Dieser Kampf ist nicht durchgelöst, es werden in der aller nächsten Zeit schwierige Fragen zu entscheiden sein, es wird sich darum handeln, ob die für ganz Deutschland so wichtigen Justizgesetze, Strafgesetze u. s. w., zu Stande kommen sollen. Die Chancen

und nicht sehr günstig; stets heißt es, die Staatsgewalt bedürfe der Stärkung. Hoffentlich wird es in der letzten Stunde zu einer Verständigung kommen, wie es in den Gesetzen über die Selbstverwaltung geschah, wo es gelungen ist, der Polizeimacht helfende Schranken zu setzen und sie andererseits mit den nötigen Stärke auszurüsten. Redner ging nun zu den wirtschaftlichen Verhältnissen über. Hier wolle die Regierung das freiheitliche Prinzip aufrecht halten, der Ruf nach Reaction komme aus dem Volke. Redner schildert die Entwicklung der gewerblichen Zustände in Preußen und fordert auf, sich durch die augenblicklichen trüben Verhältnisse nicht gegen die gewerbliche Freiheit einnehmen zu lassen. Mit positiven Schöpfungen sei durch das Gesetz über die Erziehung bei Beschädigungen von Arbeitern bereits ein Anfang gemacht. Gegen ein Gesetz zur Beiträgung des Contractbruches erlässt er sich. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssten selbst die Grenzen aufsuchen, innerhalb welcher sie bestehen können. Man muss suchen, diejenigen Bedingungen aufzufinden, welche neben der Freiheit notwendig sind, damit das freiwillige Corporationswesen geschützt werde, damit überhaupt das Handwerk wieder zu Ehren komme. Die liberale Partei wird hier mitwirken, sich aber nicht verabschieden lassen, statt weiter zu bauen, lediglich das Begonnene zu zerstören. Gleichermaßen geht vor in der Handelspolitik. Preußen war stets ein Freund der Handelsfreiheit und musste nur der Vereinigung mit dem Süden im Zollverein Concessions machen. Jetzt, da die Reichs-Handelsverträge erneuert werden sollen, kommt wieder der alte Ruf nach Schutzzoll. Seiner Meinung nach solle das bisherige System einer gemäßigten Freihandels-Politik nicht aufgegeben werden. Der Schutzoll ist nur berechtigt in einem Staat, wo wenig Industrie und sehr geringe Bevölkerung für vorhandene Arbeitskräfte zu finden ist; und in jedem einzelnen Industriezweig muss untersucht werden, ob nicht die Opfer der Consumanten größer sind, als die Vorteile, die durch die Betreibung im eigenen Lande erreicht werden. In Deutschland sind aber keine überflüssigen Arbeitskräfte. Zum Theil ist die Not darum verhindert, daß einzelne Industrien einen ungebeneren Mangel an Arbeitskräften haben, während in denjenigen Zweigen, welche durch Überproduktion zu stark betrieben waren, Überfluss an Arbeitskräften herrscht. Zu ersteren gehört z.B. die Landwirtschaft. Wenn auch die Produzenten ebenso zum Volk zu zählen sind wie die Consumanten, so muss man sich doch überlegen, ob man durch finanzielle Mittel eine Industrie großzieht, die ohne große Opfer der Consumanten nicht bestehen kann. Zum Überfluss melden sich auch die Agrarier, die Landwirthe mit neuen Forderungen. Um ihre gerechten Ansprüche durchzusetzen, ist die Bildung einer selbstständigen Partei unentbehrlich. Kein Stand ist unter den Abgeordneten so zahlreich vertreten, wie gerade dieser. Diese ungerechte Interessenbewegung bezeichnet der Redner als eine wahre Krankheit, als die Krankheit der Gegenwart. Es ist wohl selbstverständlich, daß ein Privatmann seine eigenen Interessen fördert; aber Aufgabe des Staatsmannes ist es, daß er das Verhältnis aller Interessen zu einander abwägt. Er darf nicht ein Mandat annehmen, um ein specielles Interesse zu vertreten, sei es Schutzoll, sei es Agrarierblatt. In diesem Sinne heißt es: der Abgeordnete ist Vertreter des gesammelten Volkes. Er soll weder von der Not des Augenblicks, noch von der Mächtigkeit der Leidenschaft sich wegreden lassen, sondern er sei Vertreter des ganzen Volkes, in welchem alle Interessen gegen einander sich balancieren und ausgleichen, ein Interesse vor dem andern weichen muß, damit eben eine harmonische Ordnung entstehe. Die Ursachen der Not liegen theils in der Überproduktion, theils darin, daß wir eine Zeit lang unter Verhältnissen gelebt haben, welche auch die fiktive Grundlage im Volle zu verrütteln im Stande waren: auch der Krieg ist keine Bagatelle, nach die Revolutionen, die wir vor uns gesehen haben. Bündnstoff hat sich gesammelt, das Gefühl des Unrechts, das man erlitten zu haben glaubt. Ferner haben die Gegner die Unzufriedenheit noch geschürt, die Interessen großgezogen, um neue Parteibildungen herbeizuführen und den liberalen Parteien Abrück zu thun. Deswegen ist es Pflicht der letzteren, fest zusammen zu halten und in dieser gefährlichen Zeit nicht mit kleinlichen Streitigkeiten sich aufzuhalten, sondern die Größe des Vaterlandes vor Augen zu haben und gegen diese verwerfliche Anregung des Interessen-Kampfes einzustehen. Aber alle Last darf nicht auf die Volksvertretung gewälzt werden, so wenig wie auf die Regierung. Gesetze sind nicht im Stande, Alles gut zu machen. Die preußische Städteordnung von 1808 wurde nicht alsbald vom Bürgerstand verstanden und benutzt; erst dreißig, vierzig Jahre später ist die Frucht aufgegangen. Ebenso werden die großen Segnungen der Selbstverwaltungs-Gesetze für Freiheit und Selbstständigkeit der Entwicklung erst in einem Menschenalter ganz empfunden werden. Gesetze sind nicht genug, dahinter kommt erst die Verwaltung. Wie viele liberale, gute Gesetze sind gemacht worden, die in der Ausführung schwere Fehler nachweisen. Das Volk meint, sie lägen im Gesetz; in Wahrheit ist es nur die mangelhafte Ausführung. Aufgabe der Volksvertretung ist es, darüber zu wachen, daß die Verwaltung nicht vom Geiste der Gesetze abweiche. Aber die Volksvertretungen haben lange bei uns die Macht noch nicht, welche ein wahrhaft constitutioneller Staat voraussetzt. Überhaupt ist der constitutionelle Geist teineswegs noch so bei uns eingelebt im Volle. In Kritiken heißt es: Das Abgeordnetenhaus, der Reichstag hat sich wieder einmal sehr schwach gezeigt. Ja, mein Herr! Die Mitglieder sind genau von denselben Holz ge macht, aus dem Sie geschürt sind. (Beifall.) Daher die Volksvertretung schwach ist, wurzelt darin, daß das Volk selbst noch zu schwach ist, die Regierung zu zwingen, daß sie im Geiste der Gesetze handelt. Und warum ist es schwach? Weil es noch nicht das genügende Verständnis hat für viele Dinge, die der Freiheit nützlich sind, weil es sich nicht die Mühe giebt, sich selbst zu erziehen. Selbsterziehung und Selbstfähigkeit thun vor Alem noch. Wir stehen vor dem Unterrichtsgesetz. Die liberale Partei wird unzweifelhaft ihre ganze Kraft einsetzen, daß nicht die Schule gemischaucht werde zu fremden Zwecken, daß sie nicht dienstbar gemacht werde weder geistlichen Zwecken, noch Zwecken der Unterdrückung, noch sonstigen, die man bisher durch Regulative zu erreichen gesucht hat; aber selbst das Beste würde die Schule nicht vermögen, einen fertigen Freiheits-Bürger herzustellen, ohne eigenes Bemühen.

München, 10. Oct. [Trauungs-Hindernis.] In Kleinheubach bei Miltenberg in Unterfranken sollte die Trauung des Grafen Bari, jüngsten Stiefbruders des früheren Königs von Neapel, mit der Prinzessin Adelgunde, vierten Tochter des verstorbenen Prätendenten Dom Miguel von Portugal, stattfinden. Wie man hört, verweigerte indes die bayerische Regierung infolge die nothwendige Erlaubnis hierzu, bis die Autorisation der Könige von Italien und Portugal eingeholt wäre. Da weder der Bräutigam bei dem ersten, noch die Mutter der Braut bei dem letzteren die nothigen Schritte thun wollten, so wird die Trauung nunmehr in Salzburg vollzogen werden.

Ö ster r e i ch .

Wien, 10. Octbr. [Zur Situation] schreibt das „W. Tgl.“: In diplomatischen Kreisen gibt man sich der Hoffnung hin, daß der russischerseits neuerdings in Anregung gebrachte sechswöchentliche Waffenstillstand nunmehr nach Alem, was man darüber hört, Aussicht auf Erfolg habe. Die Vertragsmächte, welche diesem Vorschlag beigetreten, sind gewillt, falls er irgendwie auf Hindernisse stoßen sollte, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß diesmal der Waffenstillstand sowohl türkischer-, als serbischer- und montenegrinischerseits ohne Weiteres acceptirt werde. Ist das einmal geschehen, haben sich die kriegsführenden Parteien dem Vorschlage der Mächte geneigt gezeigt und in den sechs- oder mindestens vierwöchentlichen Waffenstillstand gewilligt, dann soll die Mission der diplomatischen Vertreter in Konstantinopel beginnen. An diese würde sodann der Auftrag ergehen, daß sie gemeinschaftlich mit der Pforte ein Reform-project ausarbeiten und dasselbe ihren Regierungen zur Begutachtung unterbreiten mögen. Auf diese Weise soll die Ordnung wieder hergestellt, dem unzähligen Blutvergießen ein Ende gemacht und der Friede erhalten werden. Nach den bekannten Schicksalen, welche bis jetzt noch jeder Vorschlag der einen oder anderen Regierung erlebte — und es ist in dieser Richtung schon bald das Dutzend voll — wird man es gewiß begreiflich finden, wenn wir auch diesem „allerneuesten“ Vorschlag gegenüber unsere Hoffnungen nicht allzu hoch spannen.“

Es wird gemeldet, daß das russische Cabinet den erneuerten Antrag bezüglich eines Waffenstillstandes mit einer Note eingegliederte, deren essentieller Inhalt folgender ist: Russland habe alle Mittel erschöpft, um auf friedlichem Wege die Wirren beilegen zu helfen. Das kaiserlich russische Government habe Beweise genug für seine Friedensliebe Europa gegeben. Als Russland den Friedensbedingungen Lord Derby's beitrat, erklärte es ausdrücklich, daß dies die äußerste

Grenze jener Concession sei, bis zu welcher der Petersburger Hof im Wunsche, den Frieden des Weltalls zu wahren, gehen könne. Nun hat die Pforte diese Friedensbedingungen zurückgewiesen. Sei seien nach Ansicht des Fürsten Gortschakoff nur zwei Wege möglich, auf denen der Friede noch gewahrt werden könnte: Entweder vereinigt sich Europa nochmals, um einen formellen Waffenstillstand für längere Dauer zu erlangen, damit man Zeit gewinne, die Friedensverhandlungen einem gewünschten Resultate zuführen zu können, oder man lasse eine militärische Intervention in den insurgirten Provinzen eintreten. Einem anderen Ausweg aus dem Labyrinth kennt Russland nicht.

[Vom Kriegsschauplatz.] Der Bruch der Waffenruhe auf dem montenegrinischen Kriegsschauplatz wird von den Türken auf den Umstand zurückgeführt, daß Multar Pascha die Nachricht von der Verlängerung der Waffenruhe nicht erfahren habe, weil die Telegraphen-Verbindung zwischen Trebinje und Ljubinje von den Insurgenten unterbrochen worden sei. Allerdings behaupten die Montenegriner, sie hätten die Nachricht selbst Multar Pascha mitgetheilt. Bestätigt wird, daß am 7. d. M. die Türken unter großen Verlusten, von angeblich 1300 Toten, bis an den Grenzort Klobuk zurückgeworfen wurden. Nach der Darstellung des „Wiener Tgl.“ wäre übrigens Multar Pascha's Vorstoß nur bestimmt gewesen, seinen schon beschlossenen Rückzug zu decken. Und diese Ausfassung hat auch alle Wahrscheinlichkeit für sich, da Multar's Stellung bei Baslay gänzlich unbehaltbar geworden war. Dieselbe ist allerdings jetzt bei Klobuk eine womöglich noch schlimmere. Denn ein Theil der montenegrinischen Armee unter dem Commando des Wojwoden Dakovics hat die Trebinica überschritten und steht im Rücken Multar's. Von der Morava und Drina verlautet nichts Neues. Nur wird gemeldet, daß immer neue Fremden-Legionen gebildet werden. Oberst Becker formiert jetzt eine rein deutsche Legion; der bekannte Kosaken-Heitman Manassini soll das Commando über die Kosaken-Pulka übernehmen. Zur Ibar-Armee sind sieben große Geschütze abgeschickt worden.

Prag, 9. Octbr. [Eine junge tschechische Flugschrift.] Dr Gregor, der Führer der Jungtschechen, hat eine Flugschrift veröffentlicht, in welcher derselbe den tschechischen Parteien das Ausgeben des historischen Staatsrechts und die Belehrung des Reichsraths empfiehlt. Dieselbe hat in Prag großes Aufsehen gemacht. Die Jungtschechen hat Eduard Gregor durch die Schilderung ihres cynischen Treibens und ihres Missbrauchs der politischen Opposition direct angegriffen — aber auch seine bisherigen jungtschechischen Parteigenossen und Freunde sagen sich wegen seiner Ansichten über das böhmische Staatsrecht, über den gesetzlichen Widerstand und über die Belehrung des Reichsraths von ihm los und erklären, die von ihm vorgeschlagenen Reformen der Parteipolitik nicht annehmen zu können. — Das Blatt seines Bruders, die „Marodni Listy“, bringt heute die diesbezügliche Erklärung; es heißt in diesem Absagebrief: „Der Verfasser der Broschüre giebt in derselben seine persönlichen Ansichten und Meinungen, die von der Überzeugung vieler seiner politischen Freunde abweichen und mit denen er in der Partei, zu der er gerechnet wird, nicht durchdringen konnte. Seine Broschüre kann deshalb keineswegs die Bedeutung einer Kundgebung der Partei haben; sie ist nur eine Privatarbeit, die ohne Mitwirkung und ohne Vornissen der Partei herausgegeben wurde. Wir stimmen mit dem Verfasser in vielen wichtigen Punkten nicht überein, namentlich nicht mit seiner Ansicht über das Staatsrecht, das Naturrecht, den gesetzlichen Widerstand, die Reichsrathsbeschlehrung und die Revision des staatsrechtlichen Programms. Wir stimmen schließlich damit nicht überein, daß gerade der jetzige Zeitpunkt, wo die große orientalische Frage den Sinn des ganzen Volkes über die kleinlichen häuslichen Bänkereien erhebt, die günstige Gelegenheit sei, um sich mit dem hässlichen und unerfreulichen Streit in der Nation zu befassen.“

Pest, 9. Octbr. [Der zur Miletics'schen Angelegenheit vom Ausschuß erstattete Bericht] ist in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, nachdem der Ministerpräsident Tisza das Vor gehen der Regierung nochmals unter Hinweis auf die derselben obliegende schwere Verantwortlichkeit gerechtfertigt hatte, mit großer Majorität genehmigt worden. Der Separatantrag Simonffay's auf Missbilligung des Vorgehens der Regierung gegen Miletics' und der Antrag Simonffay's auf Vernehmung Miletics' durch den Immunitätsausschuß und die Beauftragung des letzteren mit der Ausarbeitung eines Immunitäts-Gesetzes, wurde abgelehnt. Die Interpellation Szalay's beantwortete Tisza dahin, daß die Regierung bei Ausschreitungen von Militärpersönlichen die strenge Bestrafung der Schuldbaren sich angelegen sein lassen werde, die Befestigung der Bestimmungen über das Waffentragen der Militärpersönlichen außer Dienst zur Zeit aber für unthunlich halte. Hierauf wurden die Sitzungen des Hauses bis Mitte November d. J. vertagt. — Der „Pester Correspondenz“ zu folge ist die Fassung der den Ausgleich betreffenden Gesetzentwürfe nunmehr genau festgestellt und somit der Zweck erreicht, um dessen willen die österreichischen Minister sich hierher begeben hatten.

I t a l i e n .

Rom, 7. Oct. [Luciani.] Über den Fluchtversuch Luciani's, schreibt man der „Post. Ita.“, schwelt immer noch ein geheimnisvolles Duntel. Seine Mutter stellt die Wahrheit des Gerüchts geradezu in Abrede und regt ohne Rücksicht den Verdacht an, daß irgendemand sich durch die böswillige Erfindung eines Verdienst zu erwerben suche. Man raunt sich allerlei Dinge in die Ohren, die zu wiederholen ich Anstand nehme. Offiziell wurde die Thatache in den Regierungsbüchern genau bestätigt, wie ich sie mittheile. Seitdem herrscht tiefer Schweigen über die Entdeckung der Mörder.

F r a n k r e i c h .

Paris, 8. Oct. [In der vorigestrigen Sitzung des Pariser Arbeiter-Congresses] wurde die Frage betrifft der Lehrzeit und der Handwerkschulen besprochen. Eine Madame Hardouin sprach zwar sehr gut, aber das, was sie vorschlug, hatte weder Hand noch Fuß. Nicht ohne Interesse waren die Mitteilungen des Mechanikers Chaisigner, der hauptsächlich die Frage betrifft der Lehrlinge erörterte und feststellte, daß in einer großen Anzahl von Werkstätten dieselben nur als Maschinen, Ausläufer und Spezialisten verwandt würden, so daß sie nach ihrer vierjährigen Lehrzeit gerade das nicht gelernt hätten, was sie zu tüchtigen Arbeitern mache. Die Bemerkungen des Redners betrachten aber hauptsächlich die Gewerbe, welche die Metalle bearbeiten, in diesen Werkstätten komme der Lehrling während seiner vier Jahre nie so weit, daß er gute Arbeit machen könne; wenn der Lehrling nach seiner Lehrzeit dann noch zwei Jahre darauf verwendet wird, um sich auszubilden, so muß er eine andere Beschäftigung suchen. Der Redner findet auch, daß viele Meister aus Eigennutz zu viele Lehrlinge annehmen und die Zahl der Arbeiter in benannten Fächern dadurch über die Bedürfnisse hinaus vermehrt werde. Diese Verhältnisse würden dahin führen, daß die Zahl der guten Arbeiter bald aussterben oder doch sehr selten werde; schon jetzt sei überall Mangel an tüchtigen Leuten, und nur die schon bejahrten Arbeiter bewahren noch die alten Traditionen, welche aus der französischen Industrie die erste der Welt gemacht hätten. Gegen die Clericalen, welche sogenannte Schutzgesellschaften zu Gunsten der Lehrlinge errichtet, spricht sich Redner sehr entschlossen aus; in diesen Anstalten sei die Denk- und Gewissensfreiheit eine unbekannte Sache, und sie ergäben im Ganzen nur sehr armelige Individuen. Die Clericalen gingen in dieselben aus Berechnung, die Anderen, weil sie ihre Eltern dazu drängen, und nur sehr kleine Anzahl aus Überzeugung. Das nämliche sei der Fall mit den katol. Geschäftsbereinen. Die Lehrlinge der Clericalen-Anstalten zeichneten sich durch ihre Heuchelei und ihre Freiheit gegen die Arbeiter aus, die sie ausbilden sollen; denn man predige ihnen hauptsächlich Hass und Verachtung gegen die Arbeiter, welche die Messie nicht besuchen; man sage ihnen, daß die Republikaner alle Schurken seien, und

beschäftigte die achtungsverherrlichsten Männer. Um den Leuten Sand in die Augen zu streuen, veranstaltete man jedes Jahr einen Concours, für welchen die Lehrlinge gewöhnlich Arbeiten lieferten, die sie nicht selbst gemacht, und nur die wurden belohnt, welche sich als die Ehrlichsten beim Besuch der Messe gezeigt hätten. Eben so schlimm sei es um die Waisen, welche in den großen Fabriken Aufnahme fänden und deren Unglück man ausbeute. Redner hob noch andere Nebelstände hervor; eben so die Uebrigens. Die Mittel aber, die man vorschlug, um den Nebelständen abzuheben, verdienen keiner besonderen Erwähnung, da sie weder neu noch praktisch waren.

[Übertragung von Ueberresten deutscher Soldaten.] Während der Belagerung von Paris hatte die deutsche Belagerungs-Armee ihre Toten bei Ville d'Avray begraben. Gegenwärtig beschäftigt man sich damit, die Ueberreste der deutschen Soldaten an diesem Orte auszugraben und sie im neuen Friedhofe von St. Cloud, in der Nähe der Redoute von Montreuil beizusetzen.

[Militärisches.] Seit einiger Zeit wird die militärische Organisation der Forstwarte mit dem größten Eifer betrieben. Fast alle ausgebiente Soldaten werden sie unter dem Namen „Casseurs Forestiers“ ein eigenes Corps bilden.

N u s I a n d .

St. Petersburg, 6. Oct. [Zur Sachlage im Orient.] Angriff der Karakirgisen abgewehrt. — Die diesjährige Rekrutirung. — Die Ablehnung der englischen Vermittlungs-Vorschläge von Seiten der Türkei ist weiter nichts, als eine Wiederholung derselben, was man immer von ihr erlebt, wenn sie hinsichtlich ihrer Verheißen einmal Farbe bekennen soll. Der Sultan mag vielleicht ganz gute Absichten haben, aber er versteht oder vermag sie nicht auszuführen. Wenn Europa aber verlangt, daß die versprochenen Reformen einmal zur That werden, oder daß die Pforte für ihren guten Willen Bürgschaften gebe, so ist die erste Empfehlung der Türkei: „So arg wird es wohl auch diesmal nicht sein!“ Hingehen und zögern, in der Hoffnung, daß gute Einvernehmen der Mächte werde doch wohl zu erschüttern sein — das ist die Parole der türkischen Regierung. Nichtsdestoweniger bleibt es klar, daß ohne hinzügliche Bürgschaften, welche die Ausführung des notwendigen Maßes von Reformen sicher stellen, die Angelegenheiten der Christen immer in einem bedenklichen Stadium verbleiben. Die orthodoxen Türken betrachten nach wie vor die europäischen Mächte als Vasallen des Herrschers der Gläubigen, und diese unsinnige, von den Ulemas genährte Illusion dient keineswegs dazu, die Europa gegebenen Verheißen freiwillig oder aus Gewissenhaftigkeit einer Erfüllung entgegenzuführen, wenn Europa nicht selbst durch irgend welche unzweckige Pression nachhilft, oder solche wenigstens allen Christen in Aussicht stellt. Wollte man sich neuen Illusionen hingeben und einen Frieden acceptiren, der nicht mit den gehörigen Garantien ausgestattet wäre, so könnte nichts Anders dabei heraus, als daß die Türken in ihrem Vorurtheil, ihren christlichen Untertanen ungestrafft die Haut über die Ohren abziehen zu dürfen, nur noch verstärkt würden. In Kurzem stünde man also aufs Neue vor denselben Fragen, die seit dem vorigen Jahre und besonders seit dem Mai dieses Jahres Europa beunruhigen. — Der Befehlshaber der Truppen im ehemaligen Chanat Kokand (dem gegenwärtigen Ferghana-Gebiet) General Skobelev hat durch einen ausgezeichneten Kriegszug gegen einen wieder aufgetretenen Räuberhauptmann unsere Grenzen soeben wieder mit Erfolg vertheidigt. Abdulkirim-Bek, ein ehemaliger Wassengefährte des bekannten (in Margilan hingerichteten) Räuberhauptes Pulat Bek, hatte eine ansehnliche Truppenmasse gesammelt. Er fiel mit seinen Karakirgisen in das Ferghana-Gebiet ein und nahm an den Ufern der Flüsse Turuf und Schot eine uneinnehmbare Position ein. Der General Skobelev entnahm den Garnisonen von Andidschan, Osch und Gulsha einige Abtheilungen und verstärkte die Punkte Kostakos, Isfara, Soch, Utsch-Kurgan, deren Vertheidigung er dem Baron Möller-Sakomelsk übertrug. Hierauf ließ er durch den Fürsten Witgenstein und den Major Radzejowski die feindlichen Abtheilungen umgehen. Das zerklüftete Terrain bot die größten Schwierigkeiten, — dennoch gelang die Umgehung so glänzend, daß die Feinde auseinanderstoben, als sie zu ihrer Überraschung die Russen von einer Seite herkommen sahen, wo sie es gar nicht für möglich gehalten. — Für die bevorstehende Aushebung ist das Contingent bereits offiziell bestimmt und auch auf alle Landesteile repartirt. Von den circa 720,000 Mann, die sich mutmaßlich stellen müssen, weil sie das 21. Lebensjahr vollenden, werden in diesem Jahre nur 196,000 beansprucht. Im vorigen Jahre hatte man 180,000, im vorvorigen Jahre sogar nur 150,000 Mann ausgebunden. Es findet daher nur eine mäßige Rekrutirung statt. Beurlaubungen laufen dabei in ausgedehntestem Maße fort. Die sechsjährige Dienstzeit, welche von Hause aus für diejenigen Recruten in Aussicht genommen worden, die absolut gar keinen Unterricht genossen und des Lesens und Schreibens ganz unkundig waren, dürfte kaum in Anwendung kommen, da das angewandte Unterrichts-System bei den Betreffenden viel besser anfällt, als man es vorausgesetzt. Daher hat die um 30,000 Mann größere Rekrutirung des vorigen Jahres gegen das Vorjahr keinerlei Vermehrung des effectiven Armeestandes zur Folge gehabt. Für die bevorstehende Aushebung liefern am meisten (über 6000 Mann) folgende Provinzen: Woronesch, Wjatka, Kiew, Perm, Podolien, Samara, Saratow; über 5000 Mann: Kasan, Kursk, Poltawa; über 4000 Mann: Wolhynien, Rjasan, Ufa, Charlow, Tschernigow, Cherson. Die meisten Provinzen liefern zwischen 2500 und 3500 Mann. Es liefern 1000 bis 2000 Mann die zehn Weichselgouvernements, Kurland, Taurien, Stawropol und Astrachan, und unter 1000 Mann: Esthland (849), Archangel (829), Jenisseisk (796), Olonez (753), Irkutsk (668), Transbaikalien (499), Terekgebiet (108), Atmolinsk (54), Jakutsk (20) und Daghestan (5 Mann).

O s m a n i s c h e s R e i c h .

Constantinopel, 6. Oct. [Türkische Civilist] Der Sultan hat die Dotations für die Mitglieder der Familie des Sultans Abdul Aziz und für das Haus des Sultans Murad in folgender Weise festgestellt: Für die Familie des verstorbenen Sultans: die Sultanin Valide 50,000 Piaster, Prinz Yusuf Izzeddin 30,000, erste Frau des verstorbenen Sultans 20,000, Söhne 15,000, Mahmud Djelal-Eddin 20,000, Mahmud Chevket Ezzendi 15,000, Mejid Ezzendi 15,000, Seif Ezzendi 10,000, Nazims Sultane 10,000, Isma Sultane 10,000, Emin Sultane 10,000, zweite Cadine 15,000, vierte Cadine 15,000, zusammen 235,000 Piaster. Für das Haus des Ex-Sultans Murad: der Sultan 125,000 Piaster, die Valide 50,000, Selah-Ezzendi 20,000, Hadibé Sultane 10,000, Fehime Sultane 10,000, vier Frauen à 15,000 Piaster 60,000, zusammen 275,000 Piaster.

A m e r i k a .

New-York, 22. Sept. [Schurz und die Präsidentschaftswahlen.] Die neulich gemachten Mittheilungen über die plötzliche Stadtbildung, welche die Thätigkeit des Herrn Schurz für das republikanische Präsidentschaftstidet erläut

Wheeler, welche von Schurz in Crown Point, Indianapolis und anderen Städten Indiana gehalten worden sind, berichtet. Jedoch verlautete gleichzeitig, daß Herrn Schurz, mittelbar oder unmittelbar die Weisung ertheilt worden sei, seine weiteren Stumpreden in besseren Einklang mit den bei den Partei-Geschäftsführern gangbaren Ideen, namentlich über sein bevorzugtes Thema der „Civildienst-Reform“ und des Grantismus, zu bringen, und den abgeschmackten Conflict zu vermeiden, der nothwendiger Weise hervorgerufen werden müßte, falls der republikanische Präsidentschaftskandidat auch fernher von Herrn Carl Schurz als Gegenstück zu Denen, die ihn dazu gemacht, das Geschöpf gleichsam in Rebellion gegen seine Schöpfer, dargestellt wird. Dieser, ohne allen Zweifel in irgend welcher Form von Washington ausgegangenen Weisung soll denn auch Herr Schurz sich untergeordnet haben und sein bisheriges Steddenfert, die Civildienst-Reform, gegen das unverfälschliche Thema der Finanzfrage vertauft haben. Außerdem sprach Herr Schurz in Indianapolis nur in deutscher Sprache, und wenn man der dortigen „Sentinel“ vom 18. d. glauben darf, getobt dies ebenfalls aus ausdrückliche Anordnung. Sein Auditorium war schwach und das Blatt setzt hinzu: „Hätte er hier eine Rede gehalten im Einklang mit seinen wirklichen Überzeugungen, und überzeugend mit seiner Vergangenheit während der letzten vier Jahre, dann würden 10,000 Menschen ihn zu hören versucht haben.“

Aus anderen Quellen erfuhr man, daß die Gewinnung des Herrn Schurz für die Unterstüzung des republikanischen Kandidaten im Westen lediglich auf einem Abkommen zwischen den beiden Herren selbst beruhte, daß Schurz, wie es scheint, von den gewinnenden Manieren des Herrn Hayes und dessen von ihm inspirierten Zuflüchten in seinem Annahmebriefe bestochen wurde, während Herr Hayes unbedingtes Vertrauen in die Bauberkeit der Schurz'schen Beredsamkeit namentlich über das deutsche Votum setzte. Der republikanische National-Ausschuß hatte mit der Anstellung Schurz' für die Campagne in Ohio und Indiana gar nichts zu thun, sondern ließ sie nur aus Condescendenz für die Wünsche des Herrn Hayes geschehen, woran Niemand zweifeln wird, der sich der früheren Beziehungen zwischen Schurz und den Parteiführern vor und während der „liberal-republikanischen“ Bewegung erinnert.

Gerade das deutsch Element aber und vorzugsweise im Westen, ist es, daß in diesem Wahlfeldzuge eine hervorragende Rolle zu spielen bestimmt ist, und zwar eine Rolle, welche der Unabhängigkeit und Treue der Gefügung der deutschen Adoptivbürger nur zur höchsten Ehre gereicht. Wenn die deutschen Adoptivbürger dabei in Gegensatz zu dem Manne treten, den sie bisher mit Freude und Stolz als ihren Führer auf der Bahn der Reform und des Fortschritts anerkannten, so wird kaumemand behaupten wollen, daß die Schuld daran den Hundertausenden und nicht dem Einem beigegegen sei. Die Deutschen der Union bewahren sich im gegenwärtigen Feldzuge wieder als der Sauerteig der Gesinnungsfähigkeit in dieser Republik; die Unabhängigkeit und Treue der Gefügung der deutschen Adoptivbürger nur zur höchsten Ehre gereicht. Wenn die deutschen Adoptivbürger dabei in Gegensatz zu dem Manne treten, den sie bisher mit Freude und Stolz als ihren Führer auf der Bahn der Reform und des Fortschritts anerkannten, so wird kaumemand behaupten wollen, daß die Schuld daran den Hundertausenden und nicht dem Einem beigegegen sei. Die Deutschen der Union bewahren sich im gegenwärtigen Feldzuge wieder als der Sauerteig der Gesinnungsfähigkeit in dieser Republik; die Unabhängigkeit und Treue der Gefügung der deutschen Adoptivbürger nur zur höchsten Ehre gereicht. Wenn die deutschen Adoptivbürger dabei in Gegensatz zu dem Manne treten, den sie bisher mit Freude und Stolz als ihren Führer auf der Bahn der Reform und des Fortschritts anerkannten, so wird kaumemand behaupten wollen, daß die Schuld daran den Hundertausenden und nicht dem Einem beigegegen sei. Die Deutschen der Union bewahren sich im gegenwärtigen Feldzuge wieder als der Sauerteig der Gesinnungsfähigkeit in dieser Republik; die Unabhängigkeit und Treue der Gefügung der deutschen Adoptivbürger nur zur höchsten Ehre gereicht. Wenn die deutschen Adoptivbürger dabei in Gegensatz zu dem Manne treten, den sie bisher mit Freude und Stolz als ihren Führer auf der Bahn der Reform und des Fortschritts anerkannten, so wird kaumemand behaupten wollen, daß die Schuld daran den Hundertausenden und nicht dem Einem beigegegen sei.

Im Uebrigen werden die Aussichten für den republikanischen Zukunftspräsidenten, wie schon aus den obigen Mitteilungen über den Stand der Dinge im Westen erhebt, fortwährend weniger versprechend, vorzugsweise seitdem die treffliche Nominierung der zweiten Newyorker demokratischen Staats-Convention für das Gouverneurs-Amt die Salutierung der Partei in Stadt und Staat Newyork ausgetragen und diese wieder zu einer Einheit gemacht hat. Außerdem hat die Annahme der demokratischen Ernennung des Herrn Charles Francis Adams für die erste Magistratsstelle von Massachusetts den Ausblick der östlichen Demokratie einen neuen Aufschwung gegeben. Von welcher hohen Wichtigkeit die Qualität der Staats-Nominierungen für das National-Tidet ist, wird sich schon bei den im Oktober zu erwartenden Wahlen in Ohio und Indiana beweisen, von deren Ausfall, wie allgemein zugestanden wird, sich schon ein ziemlich sicherer Schluß auf die Entscheidung der Nationalwahl im November ziehen lassen würde. Nach einer Berechnung der wahrscheinlichen Electoralstimmen der einzelnen Staaten für die eine oder die andere Partei, welche unlängst von dem demokratischen Congres-Ausschuß in Washington aufgestellt wurde und in die Öffentlichkeit kam, wären die Aussichten dem Erfolge des demokratischen Tidets überwiegend günstig. Diese Ausstellung führte an für Hayes und Wheeler sichere Electoralstimmen (in 14 Staaten) 129, für Tilden und Hendricks (in 20 Staaten) 117, während 4 Staaten, nämlich Colorado, Louisiana, Ohio und Wisconsin, mit 43 Stimmen als zweifelhaft verzeichnet waren. Da die Gesamtsumme der Electoralstimmen 369 beträgt und daher zu einer absoluten Mehrheit im Wahlkollegium 185 Stimmen erforderlich sein würden, so würde sich für Tilden bereits ein Überschub von 12 ergeben, während Hayes zur Erreichung einer Majorität noch 56 Stimmen fehlen würden.

Natürlich ist bei dieser Ausstellung nicht außer Acht zu lassen, daß sie eine ex parte ist. Dagegen ist zu erwähnen, daß der erwähnte Congres-Ausschuß weitverzweigte Verbindungen in allen Staaten hat und durch zahlreiche Correspondenten namentlich über den Stand der Localpolitik in den einzelnen Teilen des Landes in fortlaufender Kenntniß erhalten wird. Nichtsdestoweniger ist nach wie vor herzuheben, daß die Demokratie gegen einen Feind zu kämpfen hat, dessen Überlegenheit in manchen Punkten, namentlich der mittelbaren und unmittelbaren Unterstützung des mächtigen Regierungs-Armes und reichlicher Geldmittel für die Campagne, nicht zu verkennen ist. Wenn nichtsdestoweniger unter Vertrauen für einen Sieg nicht nur, sondern einen überwältigenden Sieg der Demokratie im November nicht allein fest steht, sondern täglich wächst, so gründet sich dieses Vertrauen hauptsächlich auf das, was als die „Unterströmung“ im Volle bezeichnet werden muß, nämlich der mehr und mehr Boden gewinnende Reformgedanke und das Gefühl eines unter allen Umständen nothwendigen Wechsels im allgemeinen Volksbewußtsein, eine Stimmung, die in dem „stillen Votum“ von Hunderttausenden, abgegeben vom Partei-Standpunkt, am 7. November ihren Ausdruck finden wird. Der in einem freien Lande selten irregehende Volks-Aufführung richtet sich mehr und mehr darauf, daß nur eine Anerkennung der Regierung um jeden Preis Gewähr für ein Besserwerden der Zustände zu leisten im Stande sei.

Philadelphia. [Großer Brand.] Es sind über diesen, am 9. Sept. in „Centennialville“ bei Philadelphia ausgebrochenen großen Brand in den Zeitungen mehrere sich widersprechende Nachrichten aufgetaucht, welche in den Kreisen der Aussteller lebhafte Besorgnisse hervorruhen, um so mehr, als Ende August, wie damals meldeten, ein Feuer im Kistendepot der Welt-Ausstellung die sämtlichen Holzkisten und bis je kostspieligen Zinndeckläufe der belgischen, französischen und österreichischen Kunstwerke vernichtet und dieser Brand häufig mit jenem vom 9. Sept. außerhalb des Ausstellungsräumes verwechselt wird. Die aus Philadelphia eingetroffenen Briefe und Zeitungen von Mitte Sept. enthalten über den letzten Brand Folgendes: Gegenüber dem Hauptgebäude der Ausstellung und der Maschinenhalle ist während der letzten Monate ein ganz neuer Stadtteil plötzlich aus der Erde entstanden, welcher gewöhnlich „Centennialville“ oder auch „Shantytown“ genannt wurde, weil die Mehrzahl der Gebäude entweder ganz oder zum größten Theile aus Holz aufgeführt wurden. Den Beschriften über die Feuergefährlichkeit einer solchen Nachbarschaft für die Ausstellungsgebäude wurde wiederholt von verschiedenen Seiten Ausdruck gegeben, und auch die Feuerversicherungs-Gesellschaften fanden sich in letzter Zeit bestimmt, viele Versicherungen auf solche Gebäude zu kündigen. Leider waren diese Beschriften nicht unbegründet, denn Sonnabend, den 9. September wurden innerhalb zweier Stunden eine große Anzahl dieser Brettergebäude durch die Flammen zerstört und auch einige aus Steinen erbauten Hotels in Ruinen umgewandelt. Die „Schützenhalle“, welche wohl allen in Philadelphia gewesenen Deutschen in Erinnerung sein wird, erhielt nicht mehr. Ueber die Entstehungsurache dieses Feuers wird berichtet, daß dasselbe in der Nähe eines Ausstellungsalons durch Brennenwerden von Fett zum Ausbrüche kam. Die Flammen wurden durch einen starken Nordwestwind nach den zu der Schützenhalle gehörenden Bauten getrieben, ergriffen die Crawford's Main Hall und pflanzten sich, durch das trockene Holz dieser Gebäude ausgiebig genährt, rasch schein zu dem New-England-House an der Columbia-Avenue fort, welches völlig zerstört wurde. Jedes der 130 Zimmer war von Gästen besetzt, von welchen die meisten ihr Gespräch verloren. Von da ergriff das Feuer das „Star-Hotel“, „Gallons-Hotel“, ein dreistöckiges Gebäude und endlich den New-England-Dining-Salon von Johnson und Hixson. Hier wurde durch Einreißen eines Brettergebäudes dem Feuer ein Ende gemacht. Wie der „Philadelphia Demokrat“ mitteilt, befürwortet sich der Gesamtverlust auf circa 200,000 Dollars. „Si fractus illabatur orbis, impavidum serent ruinae“: der Eigentümer des Ausstellungsalons hat

auf den Trümmern einen Tisch aufgesetzt und verkauft Austern. Eine Firma, deren Bieralon niedergebrannte, hatte am Montag auf dem Schutze wieder eine lange Bier-, „bar“ eingerichtet und ein großes Weinwandtisch angebracht mit der Aufschrift: Loss 25,000 Dollars! Still we live! (Verlust 25,000 Dollars!) Wir leben noch! Die General-Direction hat sich zu einem wichtigen Schritte entschlossen: Sie ermäßigte den bisher ausnahmslos für alle Besucher und alle Tage gleich gültigen Eintrittspreis von 50 Cents für die Sonnabende auf 25 Cents, wodurch doch endlich auch dem Bedürfnis der arbeitenden Klasse Rechnung getragen ist. Die Besucherzahl schwankt täglich zwischen 80- bis 90,000 und wird an Sonnabenden sogar noch übertroffen.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 11. Oct. Angekommen: Cr. Krug v. Nidda, königl. Wirk. Geh. Rath und Oberberghauptmann aus Berlin. Se. Durchl. Prinz Birken von Curland, Oberst-Schenk und freier Standesherr auf Poln.-Barthenberg, v. Holtendorff, Präsident, aus Gotha.

(Fremdhol.)

X. [Freie religiöse Gemeinde.] Die hiesige frei religiöse Gemeinde

verfügt befannlich alljährlich ein „Reformationsfest“ zu feiern und zwar im Sinne der Reformation unseres Jahrhunderts. Diesesmal fand diese Feier am Sonntag den 8. d. M. statt. In der schön geschmückten Gemeindehalle beging man Vormittags $\frac{1}{2}$ Uhr die erste religiöse Feier. Der verstärkte Sängerchor der Erwachsenen, so wie die Mitwirkung des Kinderchor trugen viel zur Erhöhung des Festes bei. Prediger Reichenbach hielt die Festrede, in welcher er er die principielle Bedeutung der Reformation des 16. Jahrhunderts ausführte, dann die Reformbestrebungen, welche sich in unserem Jahrhundert durch die freien religiösen Gemeinden in Deutschland gestaltten, als die logische Weiterentwicklung des lutherischen Princips darlegte und schließlich die von den freien religiösen Gemeinden aufgestellte und zu ihrem Prinzip gemachte „freie Selbstbestimmung“ als die allein berechtigte und heilsame Schranke gegen Willkür in Sachen der Religion und Sittlichkeit bezeichnete. An diese Feier schloß sich aber noch ein Act, der alle Anwesenden mit erbebender Stürze und Begeisterung erfüllte. Hofferichter betrat nämlich an diesem Tage wiederum zum ersten Male nach seiner Rückkehr die Erbauungshalle, in welcher er selbst so viele Jahre als Prediger und Lehrer zu seiner Gemeinde gesprochen. Der Kinderchor stellte sich neben der Rednerbühne auf und sang unter Flügelbegleitung seiner Lehrerin ein besonderes hierzu gedichtetes Begrüßungslied. Hofferichter dankte den lieben Kleinen in wenigen warmen Worten. Hierauf richtete Reichenbach im Namen der Gemeinde an den Wiedergefehrten eine Ansprache voll tiefer Empfindung und begrüßte ihn als den ehemaligen Prediger und Lehrer der Gemeinde, als deren treuesten Freund, sowie als mannschaften Vertreter ihres Princips und bat ihn schließlich, ihnen Allen auch ferner Freund und Führer sein zu wollen. Auch darauf sprach Hofferichter in einer längeren Ansprache. — Der Abend dieses Tages veranstaltete im unteren Saale des Cafés restaurant eine große Zahl Mitglieder und Gesinnungs-Genossen der freireligiösen Gemeinde. Nach Vortrag eines Liedes vom Sängerchor der Erwachsenen hielt Reichenbach einen Vortrag über „Was ist unsere Aufgabe als Mitarbeiter der religiösen Reform des 19. Jahrhunderts?“ Dieser Rede folgte wieder Gesang, dann allgemeine gesellige Unterhaltung, gewürzt durch allgemeinen Gesang, Toaste auf den anwesenden Hofferichter und seine Familie u. A., sowie declamatorische Vorträge u. s. w. — Froh und heiter ging die Versammlung erst um die Mitternachtstage auseinander.

p [Feuer.] Heute Morgen in der 5. Stunde kam in dem Hause, Salzstraße Nr. 6, ein Ballenbrand zum Ausbruch, der nach Aufreissen der Dielung und Wegnahme eines Ofens von der Feuerwehr bald beseitigt wurde.

K. Namslau, 9. Octbr. [Kreis-Synode.] Am 4. d. Mts. trat in Königern, hiesigen Kreises, unter dem Vorsitz des dafürgen Herrn Superintenden Peißler, die diesjährige Kreis-Synode des Kirchen-Kreises Namslau-Brieg zusammen, zu welcher sich von 26 Mitgliedern 19 Mitglieder, außerdem 2 Hilfsgeistliche und ein Candidat als Guest eingefunden hatten. Nachdem die Synode sich constituierte, erließt der Herr Vorsitzende den üblichen Jahresbericht, aus welchem folgendes hervorzuheben ist. In dem Kirchenkreise wohnen 31,415 Evangelische, 16,000 Katholiken und 600 Juden. Kirchengebäude incl. der neuerrichteten statlichen Kirche in Reichthal befindet der Kirchenkreis 14; der Bauzustand derselben ist fast überall gut. Das Pfarramt in Droschlau, Namslauer Kreises, ist durch das Ableben des Pastor Sekowski vacante geworden. Das Einkommen der beiden Pastoren in Namslau sowie der Geistlichen in Leubus, Raulnik und Droschlau ist durch Staatszuschuß aufgebessert worden. Die Kirchlichkeit der Gemeindelieder hat im verflohenen Jahre nicht abgenommen; die Heiligung des Sonntags ist im Namslauer Kreise eine strengere als im Brieger Kreise. Die Zahl der Communicanten im vergangenen Jahre betrug 21,938. Sämtliche von christlichen Eltern geborenen Kinder sind im vergangenen Jahre auch getauft worden. Seit Christi der Civilstandsgesetze unterliegen nur 5 Brautpaare die kirchliche Einführung. Was den sittlichen Zustand betrifft, wurde die überhand nehmende Verwidderung der Dienstboten und die über alles Maß sich steigernden Bus- und Vergnügungsücht der Frauen aus dem Mittelstande beklagt. Im Laufe der sich hieran anschließenden Discussion wurde hergehoben, daß die Social-Demokratie auch in Namslau und in der Nähe Briegs durch unentigliche Verbreitung ihrer Zeitungen ihre Agitation beginne. — Hierauf trug Pastor Moser-Stoberau sein Referat. Pastorat-Müller jun. Mangelschitz sein Correferat über die Proposition des Königl. Consistoriums: „Was ist die Ursache des sich jährlich steigernden Mangels an Studirenden der evangelischen Theologie, und was können die hyndalen Factoren ihrerseits zur Abhülfe thun?“ vor. Es wurden auhere und innere Ursachen angeführt. Autere Ursachen wurden gefunden in den lässigen Besoldung der meisten Stellen, und in den unglücklichen Penions-Berhältnissen der Geistlichen und Lehrer. Der junge Geistliche (Bicar) beginnt mit 300 Thlr. der Philologe mit 500 Thlr., der Jurist mit 800 Thlr. sein erstes Amt. Alle haben studirt. Noch mehr Urtheile bietet die Art der Besoldung; die Aufhebung der Stolgebühren ist im höchsten Grade wünschenswert. Die Regulirung dieser Angelegenheit kann aber nicht einseitig durch die einzelnen Gemeinden, sondern am besten durch den Staat erfolgen. Auch die sociale Stellung des Geistlichen in der Zeitzeit ist keine angenehme. Der ganze Stand, der sich um Boll und Vaterland wohlverdient gemacht hat, wird in der öffentlichen Meinung mit Schmach bedekt. Was der katholische Priester verdächtigt, wird den evangelischen Geistlichen vorgeworfen. Wissenschaftliche Bildung werde in einem sogenannten wissenschaftlichen Rahmen verlangt, als wäre Theologie gleichbedeutend mit Aberglaube. Schmähungen, wie die von Eugen Richter und Birchow, verhallten im Abgeordnetenkamme ohne eine Rüge des Vorsitzenden. Auf einer Seite staatliche Gebundenheit bis in das Extrem, — auf der anderen Seite Misstrauen des Volkes. — Zu den inneren Ursachen gehört die der Kirche feindliche Zeitrichtung, welche nur im Erwerb und in dem Genuß ihr höchstes Gut findet, mit einem Worte — der Materialismus. Der Mangel an Theologen ist nur ein Symptom der am Markt des Volkes nagenen Krankheit, — es fehlt mehr und mehr die ehrliche Christlichkeit. Dazu kommt endlich der ungenügende Unterricht, der in der Religion auf den meisten Gymnasien ertheilt wird, da derselbe den meisten Philologen nicht rechte Herzenseite ist. Ein Beweis hierfür liege in dem Beißluße, den die Philosophen-Versammlung jüngst in einer Stadt Niederschlesien feste, nämlich „d'abtin zu wirken, daß auf den Gymnasien bei der Abgangsprüfung nicht mehr in der Religion geprüft werde. Als Mittel, dem Theologenmangel zu steuern, wurde betont, daß es Aufgabe der geistl. und Laien-Mitglieder der Synode im Gemeindkirchenrat sei, auf Aufhebung oder Abchwächung der beklagten äußeren und inneren Ursachen hinzuwirken. Dazu ist eine Erziehung für den geistlichen Stand in Anstalten, wie der Staat sie für Offiziere in Kadettenhäusern, für Aerzte in der Pepiniere in Berlin gewährt, wie die katholische Kirche sie in ihren Priesterseminaren besitzt nicht ausgeschlossen, obwohl diese Anstalten nicht frei von Mängeln, z. B. Einseitigkeit der Erziehung, seien, welche schwer zu vermeiden sind. Die Sammlung von Geldmitteln zur Bildung von Stipendien für Gymnasiasten, die sich später der Theologie widmen wollen, wurde abgelehnt. Zuletzt stellte die Kreis-Synode definitiv die Zahl der Mitglieder der einzelnen Gemeindkirchenräte fest und wurden durchweg die Vorschläge der betreffenden Repräsentanten-Collegien accepiert.

[Notizen aus der Provinz.] * Gr. Logan. Der „Niederschl. Anz.“ meldet unterm 10. Octbr.: Heute Vormittag 11 Uhr sandt auf dem neuen Exerzierplatz vor dem Breslauer Thore die von dem landwirtschaftlichen Verein arrangierte Stutzen-Jahrschau statt, zu deren Besichtigung in A. die Herren Landstallmeister Graf Stillfried aus Leubus und Hauptmann Bahn aus Spittelendorf im Auftrage des Centralvereins sich eingefunden hatten. Von 25 Besuchern waren 37 Stuten und 1 Hengst zur Schau gestellt worden. Es wurden prämiiert: a. mittel Anerkennung: 1) Dominum Gramsch für 4 Stutfüllen (außerdem 30 M. in den Stall), 2) Dom. Würchwitz für 2 Stutfüllen (20 M. in den Stall), 3) Dominum Quaritz für 3 Stuten (20 M. in den Stall); b. mit Goldprämien für Stutfüllen: die Bauerguts-

besserer 1) Kluge in Nilbau mit 60 M. 2) Anders in Rauschitz mit 50 M. 3) Selle in Jäschau mit 40 Mark. 4) Brunn in Mohrswitz mit 30 Mark und 5) Lindner in Klein-Eschirne mit 20 M.; für gedekte Stuten: die Bauerguts-besserer 6) Anders in Rauschitz mit 60 M., 7) Schulz in Jäschau mit 30 M., 8) Woitschach in Groß-Losig mit 60 M., 9) Karbe in Losig mit 40 M., 10) Baudis in Mohrswitz mit 20 M. und 11) Matze in Mohrswitz mit 20 M. — Der hiesige Schuhmachermeister Senft beginn gestern sein 50-jähriges Bürgerjubiläum.

+ Sprottau. Wie das hiesige „Wochenblatt“ erfährt, hat unser Landsmann und Ehrenbürger, Herr Dr. Laube zu Wien, unsern stadt. Behörden für die ihm zu seinem 70. Geburtstage überjedeten Glückwünsche brieslich seinen Dank ausgesprochen.

[Militair-Wochenblatt.] b. Wehren, Rittm. und Eschr.-Chef vom 3. Schles. Drag.-Regt. Nr. 15, Treue v. Buttslar-Brandenfels, Rittm. und Eschr.-Chef vom Ostpreuß. Drag.-Regt. Nr. 10, der Charakter als Major verliehen. b. Below, Oberst und Commandr. des 2. Nassauischen Inf.-Regts. Nr. 88, mit der Uniform dieses Regts. zu den Offizieren von der Armee versetzt. b. Böttcher, Oberst vom 3. Großerzogl. Hess. Inf.-Regt. (Leib-Regt.) Nr. 117, zum Commandr. des 2. Nassauischen Inf.-Regts. Nr. 88 ernannt. b. Schmidt, Major, aggr. dem Hannov. Fuß.-Regt. Nr. 73, in das 3. Großerzogl. Hess. Inf.-Regt. (Leib-Regt.) Nr. 117 versetzt. b. Sebed, Oberst-Lt. vom Generalstab der 29. Div. und commandirt zur Vertretung des bis Ende October cr. beurlaubten Chefs des Generalstabes XIV. Armeecorps, nach Rückkehr des letzteren in den Großen Generalstab versetzt. b. Müller, Major vom Generalstab und command. als Generalstabs-Offizier bei der 29. Div. definitiv in den Generalstab dieser Div. versetzt. Simon, Sec.-Lt. von der Landw.-Inf. des 2. Bats. (Schweidnig) 2. Schles. Landw.-Regt. Nr. 11, mit Pens. der Abschied beantragt. Dr. Leschit, Assist.-Arzt 2. Kl. der Ref. vom 2. Bat. (Vrieß) 4. Niederschl. Landw.-Regt. Nr. 51, Dr. Riefenfeld, Dr. Grüttner, Assist.-Arzt 2. Kl. der Ref. vom Ref.-Landw.-Regt. (1. Breslau) Nr. 38, Dr. Hildebrand, Assist.-Arzt 2. Kl. der Ref. vom Ref.-Landw.-Regt. (1. Breslau) 4. Niederschl. Landw.-Regt. Nr. 51, Dr. Webs, Assist.-Arzt 2. Kl. der Ref. vom 1. Bat. (Glaß) 2. Schles. Landw.-Regt. Nr. 11, zu Assist.-Arzten 1. Kl. der Ref. Dr. Janice, Unterarzt der Ref. vom 2. Bat. (Neuthen) 2. Oberst. Landw.-Regt. Nr. 23 zum Assist.-Arzt 2. Kl. der Ref. befördert. Gukmann, Hänsen, Franke, Regt.-Applicanten beim VI. resp. IV. und XV. Armeecorps, zu Intend.-Registrator-Assistenten ernannt.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 10. Oct. Bis gegen den Schlus der heutigen Börse trug der Verkehr keine bestimmte ausgeprägte Tendenz, denn die Geringfügigkeit des Geschäfts war das einzige und allein vorwiegende Charakteristikum. In der zweiten Hälfte der letzten Börsenstunde gelangte aber eine sehr feste Strömung zum Durchbruch, ohne daß jedoch die Umsätze wesentlich an Ausdehnung gewonnen hätten. Die Festigkeit umfaßte so ziemlich alle in den Kreis der Speculation gezogenen Werthe und läßt ihren Ursprung zurückführen auf ein Gerücht, demnachfolge der Waffenstillstand abgeschlossen wäre. Nach Schlus der offiziellen Börse gewann diese Nachricht positive Gestalt. Die internationalen Speculationswerthe profitirten bei der Befestigung der Stimmung eines Mart und kam dies besonders den Österreichischen Credit-Aktionen zu Statten. Österreichische Bahnen erwiesen sich als fest, doch blieben die Umsätze nur ganz geringfügiger Natur. Galizien vernadig. Von den localen Speculationseffekten zeichneten sich Laura-Aktionen durch umfangreichen Verkehr aus, der die Folge einer lebhaften Nachfrage war. Die Notiz setzte einen Gewinn von 1 p.C. durch. Disconto-Commandit hatten in schwächer, fast matter Haltung eröffnet, besserten darauf die Tendenz und schlossen in guter Zeitigkeit. Disconto-Commandit 11

